

Begegnungen, die Vertrauen schaffen

Parlamentsgespräch mit Prof. Dr. Norbert Lammert

28. September 2021 – Der Landtag hat die Diskussionsreihe „Parlamentsgespräche“ wieder aufgenommen. „Vertrauensfrage – Vom Zustand des Parlamentarismus“, so lautete das Thema. Zu Gast war unter anderem der ehemalige Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert.

Nordrhein-Westfalen blicke seit der ersten Sitzung des Landtags am 2. Oktober 1946 auf 75 Jahre Parlamentarismus zurück, sagte André Kuper, Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, in seiner Begrüßung. In den vergangenen anderthalb Jahren habe die Corona-Pandemie die parlamentarische Arbeit stark beeinflusst. Die Abgeordneten seien in Plenarsitzungen mit Maskenpflicht in reduzierter Zahl zusammengekommen, sie hätten auf namentliche Abstimmungen verzichtet. Der Landtag habe seine Rechte und Kontrollfunktion gegenüber der Regierung jedoch gewahrt. Plenum und Ausschüsse hätten regelmäßig getagt, zudem habe es zehn Sondersitzungen des Plenums in anderthalb Jahren gegeben – so viele wie nie zuvor in einem solchen Zeitraum. „Unser Parlament war arbeitsfähig, zu jeder Zeit.“ Das sei eine wichtige und mutmachende Erkenntnis. Es stelle sich jedoch die Frage, inwiefern die Zeit der Corona-Pandemie das Vertrauen in den Parlamentarismus beeinflusst habe.

Parlamentarierinnen und Parlamentarier verfügten in Deutschland über weitreichende Kompetenzen, sagte Prof. Dr. Norbert Lammert. „Ich sehe auf diesem Globus kaum mehr als eine Handvoll Parlamente, die einen ähnlichen oder gar größeren Einfluss auf Sach- und Personalentscheidungen haben als der Deutsche Bundestag.“ Mit Blick auf die Corona-Pandemie sei allerdings eine Diskrepanz zwischen dem faktischen Gewicht des Parlaments und der Wahrnehmung dieses Einflusses zu beobachten. Zwar seien im Bundestag zum Thema Corona-Pandemie rund 60 Gesetzentwürfe beraten und mehr als tausend Anfragen an die Bundesregierung gestellt worden. Das „Zentrum der Entscheidungsfindung“ sei das Parlament aber nicht gewesen. Mit einer „Mischung aus Großzügigkeit und vielleicht Bequemlichkeit“

hätten Parlamentarierinnen und Parlamentarier schwierige Abwägungen zwischen Gesundheitsschutz und Grundrechtseinschränkungen den Regierungen überlassen – im Bund wie in den Ländern. Dadurch habe es an parlamentarischer Legitimation von Erlassen gefehlt, was den ohnehin seit Jahren begonnenen Vertrauensverlust in die Arbeit von Parlamenten verstärkt habe.

„Schwer getroffen“

Die Gründungsdirektorin des Instituts für Parlamentarismusforschung in Berlin, Prof. Dr. Suzanne S. Schüttemeyer, widersprach: Der Bundestag und die Landtage seien in der Pandemie gegenüber den Regierungen in Bund und Ländern nicht ins Hintertreffen geraten. In einem funktionierenden parlamentarischen System trage die parlamentarische Mehrheit die Regierung. Die Regierung sei „Fleisch vom Fleische der Parlamentsmehrheit“. Beide Seiten – die regierungstragenden Fraktionen sowie Regierungen – kommunizierten im parlamentarischen System auf vielen, teils internen Kanälen. Die Opposition übe zudem ihre Funktion als Kontrollinstanz aus. Dieser Mechanismus habe in Zeiten der Pandemie funktioniert. Klar sei aber auch, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Parlamente und Regierungen seit den 1980er-Jahren gesunken sei. Parteien seien ebenfalls „schwer getroffen“ von einem Vertrauensverlust. Wichtig sei daher der persönliche Kontakt von Politikerinnen und Politikern zu Bürgerinnen und Bürgern. Dadurch verringere sich die „Differenz von Institution und Individuum“, Vertrauenswerte stiegen.

Die Leiterin der Parlamentsredaktion der Rheinischen Post in Berlin, Kerstin Münstermann, sagte, dass Medien Politik erlebbarer machten. Das habe zuletzt der Bundestagswahl-



Landtagspräsident André Kuper führte in das Thema ein.

kampf gezeigt. Klickzahlen in Online-Portalen seien bei Berichten, die den Fokus auf Personen legten, besonders hoch gewesen. Parlamente wiederum seien während der Corona-Pandemie bei wichtigen Entscheidungen nicht vertreten gewesen – etwa bei Bund-Länder-Gesprächen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Parlamente hätten jedoch wichtige Entscheidungen mit beschlossen. Journalistinnen und Journalisten würden täglich Zeugen einer gelebten Demokratie in Parlamenten, die sich stets veränderten und neu zusammenfänden – für Münstermann ein hoffnungsvolles Zeichen. *tob*

Info

Rund 80 Gäste haben am Parlamentsgespräch im Landtag teilgenommen. Der Zugang erfolgte mit einem Nachweis der 3G-Regel (geimpft, genesen, getestet). Eine Video-Aufzeichnung ist abrufbar auf der Internetseite des Landtags unter www.landtag.nrw.de/home/mediathek/videoportal.html.

Fotos: Zanin

Moderatorin Vivien Leue (v.l.) mit Prof. Dr. Suzanne S. Schüttemeyer, Prof. Dr. Norbert Lammert und Kerstin Münstermann

